

feministAttac warnt vor den Auswirkungen der „Bolkesteinrichtlinie“ auf Frauen



Frankfurt 13.10.2005

Anlässlich des europaweiten Bolkesteinaktionstages am 15.10.05 weist feministAttac auf die alarmierenden Auswirkungen der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie auf Frauen hin. Wenn öffentliche Dienstleistungen liberalisiert werden, werden sie dem Wettbewerb und Kostendruck preisgegeben. Kostengünstige Bereitstellung und die Qualität von Leistungen der Daseinsvorsorge werden dadurch bedroht. Versorgung wird nur noch dort geleistet, wo auch zahlungskräftige Nachfrage vorhanden ist. Wo nicht, wird nur ein geringes und minderwertiges Angebot an Dienstleistungen bereitgestellt.

Frauen sind dadurch in mehrfacher Hinsicht betroffen. Zum einen als Arbeitnehmerinnen, denn 80% der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten sind Frauen. Durch das Erlauben unterschiedlicher Lohnniveaus, wie durch die Bolkesteinrichtlinie geplant, werden gewerkschaftliche Tariflöhne weiter ausgehebelt. Dienstleistungsanbieter sind umso wettbewerbsfähiger, je niedriger sie die Lohnkosten halten. Frauen, die ohnehin schon weniger verdienen als Männer, werden die ersten sein, die entlassen oder mit gering bezahlter Teilzeitarbeit abgespeist werden. Beschäftigungszuwächse werden deshalb, wenn überhaupt, nur bei prekären, schlecht bezahlten Frauenjobs zu verzeichnen sein. Auch Frauenförderauflagen wird es in einem privatisierten Dienstleistungsbereich nicht mehr geben, denn sie gelten als wettbewerbsverzerrend.

Frauen bekommen die Privatisierungsfolgen auch als Nutzerinnen öffentlicher Dienstleistungen zu spüren. Wenn die Kosten für Bibliotheken, Volkshochschulen und Kindergärten steigen, trifft das vor allem jene, die ohnehin schon wenig Geld haben: alleinerziehende, geringqualifizierte und alte Frauen. Und für viele verheiratete oder in Partnerschaft lebende Frauen vergrößert sich die finanzielle Abhängigkeit von ihren Männern. Wenn Leistungen der Daseinsvorsorge nicht mehr erschwinglich sind oder aufgrund zu geringer Zahlungskraft verkürzt angeboten werden, müssen vor allem Frauen dies durch Mehrarbeit ausgleichen. Steigende Kinderbetreuungskosten bei abnehmender Qualität führen dazu, dass noch mehr Frauen ihre Kinder zuhause betreuen. Das gleiche gilt für die Gesundheitsdienste und die Altenpflege: Frauen kompensieren den staatlichen Sozialabbau durch unbezahlte Sorge- und Pflegearbeit in der Familie oder im Ehrenamt (80% der sozialen Freiwilligenarbeit in Deutschland wird derzeit von Frauen geleistet.)

Auch ökologische Kosten, die von den marktwirtschaftlich agierenden Versorgungsunternehmen auf die Gesellschaft abgewälzt werden, bekommen Frauen in besonderem Maße zu spüren: Sie sind diejenigen, die verstärkt am Arbeitsplatz ausfallen, wenn ihre Kinder durch schädliche Umwelteinflüsse krank werden.

Frauen sind die gesellschaftliche Pufferzone beim marktwirtschaftlichen Umbau der öffentlichen Dienstleistungen. Eine weitere Liberalisierung der europäischen Gesellschaften lehnt feministAttac deshalb ab und fordert den sofortigen Rückzug der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Kontakt: feminist@attac.de